

## **Sozialversicherung vom Arbeitsvertrag lösen**

### *630-Mark-Jobs und Schein-Selbständigkeit*

Wer hat sich nicht in den vergangenen Wochen und Monaten manchmal gefragt, warum die Themen „630-Mark-Jobs“ und „Scheinselbständigkeit“ so lange im Mittelpunkt einer so kontroversen wirtschaftspolitischen Diskussion stehen konnten.

Antworten, die dies auf die schlampigen, weil schlecht vorbereiteten Gesetzesinitiativen der neuen rot-grünen Bundesregierung zurückgeführt haben, greifen dabei viel zu kurz.

Wenn man nämlich tiefer gräbt, dann ging und geht es noch heute um die grundsätzlichere Frage, ob das „traditionelle“ Arbeitnehmermodell noch eine Zukunft hat, oder ob es durch ein anderes, „moderneres“ Arbeitnehmermodell ersetzt werden muß.

Der traditionelle Arbeitnehmer hat dabei folgende Eigenschaften: Er ist männlich, nicht mehr ganz jung, Familienvater; er hat einen Vollzeitarbeitsplatz und ist fest verwurzelt in seiner Region, in seiner Branche, in seinem Beruf und arbeitet schon etliche Jahre in seinem Unternehmen; natürlich ist er auch Gewerkschaftsmitglied.

Für solche Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sind 630-Mark-Jobs und Tätigkeiten, die auf der Grenze zwischen Arbeitnehmern und Selbständigen – das Wort „Schein“-Selbständiger sagt ja schon alles – stehen, Teufelszeug. Sie stellen in ihren Augen eine Bedrohung dar, denn sie zeigen all die Merkmale, die dem traditionellen Modell widersprechen. Sie können deswegen auch nicht nachvollziehen, daß es Menschen gibt, die freiwillig solche Tätigkeiten ausüben wollen.

Doch die gibt es, und ihre Zahl steigt: So sprechen Schätzungen von mittlerweile sechs Millionen geringfügig Beschäftigter und von etwa zwei Millionen Menschen, die in den letzten Jahren den Sprung in die Selbständigkeit gewagt haben.

Es sind junge Leute, Männer und Frauen, die etwas dazu verdienen wollen; junge Frauen, die nach einer Verzahnung von Kindererziehung und Beruf suchen; Rentner, die nach dem Ausscheiden aus dem regulären Erwerbsleben sich noch als zu produktiv fühlen, um permanent Urlaub zu machen; junge Frauen und Männer, die nach einer Zwischenphase als Arbeitnehmer ihr „eigener Chef“ sein wollen.

Daß all diese Menschen zu diesen Tätigkeiten gezwungen werden, wird wohl niemand ernsthaft behaupten wollen.

Warum also die Versuche der neuen Bundesregierung, diese Tätigkeiten wenn möglich abzuschaffen und sie in das alte Modell zurückzupressen?

Die Antwort darauf ist: Die Regierung steckt in einem tiefen Dilemma. Finanzielle Grundlage unserer staatlichen Sozialsysteme ist das Normalarbeitsverhältnis, der Vollzeitarbeitsplatz. Läßt sie zu, daß immer mehr Menschen diesem traditionellen Arbeitnehmermodell den Rücken kehren, dann erscheint die finanzielle Basis des Sozialstaats in Gefahr.

Andererseits will diese Regierung bessere Bedingungen für mehr Beschäftigung schaffen. Dummerweise sind aber diese Maßnahmen zur Bekämpfung der 630-Mark-Jobs und der Scheinselbständigkeit Gift für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Wie ist dieser gordische Knoten zu durchschlagen? Die Lösung läge darin zu sehen, daß das traditionelle Arbeitnehmermodell zwar keinesfalls ein Auslaufmodell darstellt: Die Kernbelegschaften der Unternehmen werden auch weiterhin wichtige Merkmale dieses Modells aufweisen.

Es hieße aber auch, „offiziell“ anzuerkennen, daß diese Normalarbeitsverhältnisse unbedingt ergänzt werden müssen um flexiblere Arbeitsverhältnisse im Sinne der 630-Mark-Jobs oder von neuen Formen der Selbständigkeit, um somit den Beteiligten die Chance zu geben, den Herausforderungen an den Märkten besser gerecht zu werden.

Daraus wäre wiederum für den Sozialstaat konsequenterweise der Schluß zu ziehen, die heutigen Sozialversicherungen vom Arbeitsvertrag zu lösen und z. B. durch einen Versicherungszwang für alle abzulösen.

Da eine solche Reform des Sozialstaats – wenn überhaupt - nicht von heute auf morgen über die Bühne gehen kann, wird der Streit um die 630-Mark-Jobs und die Scheinselbständigkeit auch in Zukunft ein Dauerbrenner bleiben.